

Ania Skrzypek

Was Europa zusammenbringt, was es auseinandertreibt

Europa steckt in der Krise. Tatsächlich gibt es aktuell kaum eine Aussage über die EU, die nicht mit diesem Statement beginnt oder endet. Aber wo fing das alles an? Als 2008 die globale Finanzkrise Europas wirtschaftliche Verletzlichkeit offenbarte? Oder bereits 2005, als die Bürger zweier EU-Gründungsstaaten den Vertrag über eine Verfassung in Europa in einem Referendum ablehnten und so ein schwerwichtiges Demokratiedefizit in der Union offenlegten? Oder bereits noch früher, als es der Lissabon-Prozess nicht schaffte, von allen Staaten das in Maastricht gegebene Versprechen einer echten Sozialunion einzufordern? Tatsächlich kann sich niemand daran erinnern, wann Europa einmal nicht in einer Krise steckte. Die Krise selbst geriet zur Erklärung und Entschuldigung, zur Grenze und zum Ausgangspunkt allen Handelns, zum einzigen Aushängeschild an dem das Europäische Projekt gemessen wurde und zum Hauptthema, wenn über Europa nachgedacht, gesprochen und geteilt wurde.

Als Konsequenz daraus wird bei jeder neuen Herausforderung der Union die Frage laut, ob dies nun der finale Windstoß sei, der das Gebäude Europa endgültig zum Einsturz bringe. Doch obwohl das Ende der EU dutzende Male vorausgesagt wurde, hat sie es auf wundersame Weise immer wieder geschafft, sich am Leben zu halten. Tatsächlich haben gerade diese Krisensituationen immer wieder dazu geführt, dass Europa neue Wege findet, die zuvor undenkbar gewesen waren. Je größer das Untergangsszenario, desto stärker ist Europa letzten Endes aus der Krise hervorgegangen.

Wissenschaftler beschreiben dieses Phänomen als fortwährende inkrementelle Entwicklung. Die Europäische Integration ist kein linearer Prozess, vielmehr eine

sprunghafte Entwicklung, die aus externen und internen Zwängen resultiert. Die EU befindet sich in einer eher passiven Position, in der sie neue Herausforderungen antizipieren und auf sie reagieren muss. Dies führt zu immer neuen Impulsen, welche die EU in ihren verschiedenen Aufgabengebieten zur Weiterentwicklung zwingt. Die resultierenden Bemühungen beziehen sich meist sowohl darauf, das Fundament der Union schützen zu wollen, als es aber gleichzeitig auch reformieren zu müssen. Der Grund dafür ist, dass es keine neuen Justierungen in der EU geben kann ohne den allgemeinen Konsens, dass das, was die Union zusammenhält, eigentlich stärker sein muss als das, was sie herausfordert.

Es gibt unzählige empirische Beispiele, die diese Theorie stützen. Am besten eignen sich dafür aber tatsächlich die Entwicklungen der letzten Jahre. Als die Schockwellen des Finanzcrashs von 2008 die EU erreichten, reagierte sie in zweierlei Hinsicht. Sie versuchte einerseits den angerichteten Schaden so klein wie möglich zu halten und andererseits Vorkehrungen zu treffen, die eine Wiederholung eines solchen Szenarios verhindern sollten. Aus sozialdemokratischer Perspektive waren die Maßnahmen der Konservativen und deren Auswirkungen auf den ersten Blick desaströs. Trotzdem veränderte die Stärkung des Europäischen Rats und die neue Austeritätspolitik auch die ordoliberalen Logik der wirtschaftsorientierten Mitte-Rechts-Mehrheit. Auf diese Weise wurde die Grundlage für einen neuen Konsens geschaffen, der auch von der gemäßigten Linken getragen werden konnte. Es wird nämlich leicht übersehen, dass auch progressive Positionen in die Agenda eingebracht wurden. Hierzu gehören die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa, die Erwei-

terung der Europäischen Währungsunion um eine soziale Dimension und sogar der »Juncker Investment Plan«, der die Regeln des Wachstums- und Stabilitätspakts flexibler gestaltet.

Folglich sollte man, anstatt weiter die Natur der Krise zu analysieren, einen konstruktiveren Ansatz für die Zukunft Europas wählen und den Fokus auf andere Aspekte lenken. Gleichmaßen sollten die nächsten Schritte aber auch folgende Überlegung beinhalten: Was ist aktuell noch übrig von den traditionellen Bindungen, welche die Union immer zusammengehalten haben? Und ist das, was davon übrig geblieben ist, genug, damit die Linke in Europa es als Ausgangspunkt für eine alternative, moderne Agenda nutzen kann, die ihrer Bewegung neuen Aufwind bringt?

Hierzu muss zunächst der Ist-Zustand bewertet werden. Gibt es tatsächlich ein »soziales Europa« oder wie wäre es möglich, dies als Zukunftsprojekt zu verfolgen? Dazu müssen die Werte und ihre gegenwärtige Auslegung betrachtet werden, die Entwicklung und Zukunftsperspektive, die institutionellen und zwischenstaatlichen Beziehungen sowie das gesellschaftliche und bürgerschaftliche Engagement (siehe Tabelle).

Zunächst erscheint es momentan so, dass es zu jedem Impuls, der Europa näher zusammenbringen könnte, immer auch ein Gegengewicht gibt, das die EU wieder auseinanderdriften lässt. Ein konkretes Beispiel ist der Bereich »Weiterentwicklung«: Als die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet wurde, war ihr Zweck der Wiederaufbau nach dem Krieg

und die Entstehung neuen Wohlstands. Letzterer sollte durch die Verbindung des landwirtschaftlich geprägten Frankreichs und des industriellen Westdeutschlands mit den Benelux-Staaten innerhalb eines einzigen Marktes erreicht werden. Die fallenden Handelsschranken erlaubten außerdem eine effizientere Nutzung der Ressourcen, die durch den Marshallplan nach Europa gelangten. Solange die wirtschaftliche Integration das Hauptbindeglied in Europa war, bemängelten aber viele Sozialdemokraten, dass der Integrationsprozess rein kapitalgetrieben sei. Dies änderte sich erst in den 80er und 90er Jahren, als der Union eine soziale Dimension hinzugefügt wurde. Diese gehörte aber seit jeher zu den Nebenschauplätzen europäischer Politik. Und das ist bis heute so. Ein aktuelles Beispiel sind die Debatten über einen möglichen Grexit oder Brexit. Die erste Sorge gilt immer der Frage, wie sich in einem solchen Falle wohl das Kapital verhalten würde und nicht, was dies für die Lebens- und Arbeitsbedingungen so vieler betroffener Menschen bedeuten würde. Es ist also das Kapital im modernen Sinne, die internationalen Unternehmen nämlich, die Europa »passiv« zusammenhalten.

Das Gegengewicht beim Thema Weiterentwicklung bilden die Euroskeptiker und Antieuropäer. Sie glauben, dass das Projekt EU seine Grenzen erreicht hat. Es steht die Behauptung im Raum, die Art und Weise wie das sozialwirtschaftliche Modell heute organisiert ist, sei nicht mehr angemessen, um den Wohlstand hervorzubringen, für den es ursprünglich einmal geschaffen wurde. Die nur langsame Erho-

	getrennt		zusammen	
aktiv	Weiterentwicklung	<i>Keine gemeinsame Zukunftsvision</i>	<i>Bürger/innen »leben« täglich Europa</i>	Gesellschaft und Bürger
	Institutionelle Beziehungen	<i>Fehlende Solidarität unter den Mitgliedsstaaten</i>	<i>Prinzipien der EU und pax politica</i>	Werte u. deren Auslegung
passiv	Werte u. deren Auslegung	<i>Unflexibilität bei neuen Herausforderungen</i>	<i>Tradition und Gewohnheit</i>	Institutionelle Beziehungen
	Gesellschaft und Bürger	<i>Vernachlässigte Träume der jüngeren Generationen</i>	<i>Kapitalbezogene Interessengruppen</i>	Weiterentwicklung

lung nach der Finanzkrise, das schwache Wachstum und das Fehlen neuer Ressourcen untermauern dieses Argument. Es fehlt an einer umfassenden Vision, um der Union eine neue Richtung zu geben und die Menschen für die europäische Idee (wieder) zu begeistern. Es sind die Länder selbst, die Rezession und Insolvenz bekämpfen und es sind ihre Bürger, die sich alleingelassen fühlen angesichts einer anhaltenden Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die Arbeitslosigkeit steigt und die Armut, speziell bei Kindern, mit ihr. Alle neuen Strategien – unter ihnen der berühmte Bericht der fünf Präsidenten und das vom EU-Parlament verabschiedete Arbeitsprogramm für 2016 – erscheinen angesichts dieser Situation eher als Wunschzettel oder Flickzeug und weniger als wirklich neue Vision für eine grundsätzliche Verbesserung der Lage.

Dies führt zu einer zweiten Beobachtung: Während nur allzu häufig auf die vermeintlichen gemeinsamen europäischen Werte hingewiesen wird, scheinen es eher die Erinnerungen an diese, als die Werte selbst zu sein, die heute noch als Integrationsstifter dienen. Für die Nachkriegsgeneration war die europäische Integration tatsächlich noch ein Prozess mit dem Ziel, eine gemeinsame demokratische und friedensstiftende Organisation aufzubauen. Diese sollte den Mitgliedsstaaten Sicherheit verschaffen, nicht nur, indem Konflikte unter ihnen verhindert werden sollten, sondern auch, indem sie ihren Wohlstand untereinander und mit dem Rest der Welt teilten. So interpretierten die Gründungsstaaten den Grundwert der Solidarität. Die Bemühungen galten sowohl der innereuropäischen Zusammenarbeit als auch einem »New Deal« für eine multilaterale postkoloniale Welt. Das Echo aus dieser Zeit hält Europa noch heute zusammen und ist ein Hauptgrund, warum die EU an ihren Verpflichtungen weiterhin festhält.

Es scheint aber problematisch zu sein, diese bedeutenden, einst greifbaren Kon-

zepte in die heutige Politik zu übersetzen. Die Beispiele hierfür sind zahllos. Das wohl in trauriger Hinsicht eindrucksvollste unter ihnen ist der Umgang der EU mit der aktuellen Flüchtlingskrise. Obwohl die Situation höchste Dringlichkeit besitzt, dauern die Verhandlungen nun schon Wochen. Die Mitgliedsstaaten und die Behörden der EU verstricken sich immer weiter in einen Konflikt um Quoten und Aufnahmezahlen. Während das Europäische Parlament sich endlich auf minimale Verteilungsquoten einigen konnte, haben im Hintergrund die xenophoben und nationalistischen Kräfte in Europa ihre Energie gesammelt. Gleichzeitig bildeten sich unter anderem in Budapest, Wien und München lange Schlangen von Menschen, um den in ihren Städten ankommenden Flüchtlingen Hilfe zu leisten. Und hier liegt der springende Punkt: Es sind nicht die Gesellschaften, welche die Grundprinzipien Europas vergessen haben. Es ist die EU selbst und es sind die politischen Kräfte innerhalb Europas, die offensichtlich damit hinterherhinken diese Grundprinzipien in Handlungen umzusetzen.

Zudem gibt es über 500 Millionen Menschen, die täglich Europa leben. Viele tun dies ganz unbewusst. Zum Beispiel indem sie nicht über den Zusammenhang zwischen Nahrungsmittelstandards und Verbraucherschutz als Ergebnis europäischer Integration nachdenken. Andere hingegen quittieren direkt die Vorteile der EU. Es sind die Menschen, deren Qualifikationen grenzüberschreitend anerkannt werden oder die an Austauschprogrammen teilnehmen. Es sind die Menschen, die alleine vom gemeinsamen Marktplatz Europa und dem Recht auf Freizügigkeit profitieren, indem sie bessere Chancen für sich selbst in anderen Ländern suchen. Auch wenn diese Leute es vielleicht nicht explizit ausdrücken, sind sie tatsächlich die überzeugtesten Euroenthusiasten, die der EU buchstäblich ihre Zukunft anvertrauen.

Während die Handlungen dieser Menschen Europa aktiv enger zusammenführen, sind diese Beispiele nur die eine Seite der Medaille. Sie sind der Grund, warum ein Auseinanderbrechen der Union und ein erneutes Absinken der Schlagbäume so undenkbar erscheinen. Demgegenüber stehen wachsende soziale Spannungen in immer mehr Mitgliedsstaaten. Neuankömmlinge aus anderen Ländern werden mit der Angst vor Lohndumping und als mögliche Belastung für den bereits an seine Grenzen geratenen Wohlfahrtsstaat empfangen. Die Frage, die hier auf der Hand liegt, ist die nach den sozialen Standards, denen sich die EU in ihrem Sozialmodell verpflichtet fühlt. Die Europäische Kommission plant diese Frage mit neuen Arbeitsprogrammen anzugehen und sucht so nach einer Lösung für die Problematik sozialer Rechte. Ob es hier wirklich Fortschritte geben wird, ist noch offen. Es bleibt fraglich, ob die Diskussion über Wettbewerb tatsächlich abgelöst wird von einer Argumentation zur Zusammenführung der Arbeitsmärkte, dass es nicht mehr um eine Abwärtsspirale im Lohndumping geht, sondern darum, Menschen die Zukunftsängste um ihre Arbeitsplätze zu nehmen. Es ist noch ungewiss, ob die nächste Generation einen Fortschritt erkennen wird und ihre Träume von einer besseren Zukunft in der EU glaubt finden zu können.

Dies führt uns zum letzten Punkt. Es steht außer Frage, dass sich Europa an einem Wendepunkt befindet. Während das wirtschaftliche Rückgrat aus industriellen Interessensgruppen Europa noch zusammenhält, gibt es im Sozialen viel Zweifeln und Zögern, das von politischer Seite der EU noch nicht beantwortet wurde. So hat es den Anschein, dass sich die einzelnen Mitgliedsstaaten momentan eher aus Verpflichtung treffen, nicht aber um eine wirklich gemeinsame Lösung zu finden. Die Gewohnheit bringt sie auf passive Art noch immer zusammen, während die anhaltenden Meinungsverschiedenheiten sie

wieder auseinandertreiben. Seit 2008 gab es kein einziges Thema von Relevanz, bei dem die Mitgliedsstaaten nicht aufeinander geprallt sind: Die Griechenlandrettung, die Nominierung des EU-Kommissionspräsidenten, die Flüchtlingskrise. Und auch wenn es sich die Staaten strategisch nicht leisten können, den Verhandlungstisch einfach zu verlassen – mit der Ausnahme des türzuschlagenden Premiers David Cameron –, heißt das noch lange nicht, dass sie diese Treffen in Übereinstimmung wieder verlassen würden. Die Spitzengespräche haben sich verändert, von einem Forum zur Erörterung was »gut für Europa ist« hin zu einem Marktplatz, wo es jedem nur noch darum geht, einen »fairen Deal« für das eigene Land auszuhandeln. Die Einsätze werden hierbei höher, die Ausstiegsdrohungen aus der EU immer lauter.

Per Definition können Austritte die EU nicht weiterbringen. Im Gegenteil, sie sind ein Hindernis für weitere Integration. Die Sozialdemokraten sollten daher die Austrittsdebatte in Europa übertönen und neue Richtungen aufzeigen. Es geht darum, ein neues Ziel für Europa zu setzen. Dies ist nur möglich, wenn sich die Sozialdemokratie intereuropäisch (SPE und S&D) wieder wirklich vereint, sich ihre traditionelle politische Kompetenz zurückholt und das Projekt eines sozialen Europas wiederbelebt. Die EU muss aktiv und gemeinsam die Wünsche der Menschen in ihren Mittelpunkt stellen. Das aktuelle soziale Klima ist dafür mehr als günstig. Die Menschen suchen nach Perspektiven und Garantien dafür, dass ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen sich endlich wieder verbessern. In diesem Sinne muss die Linke die aktuellen Spannungen als eine Aufgabe sehen, die in Vereinbarung mit ihren Grundwerten gelöst werden kann und sie nicht als Bedrohung betrachten. Zusätzlich ist auf der Seite der Sozialdemokratie das Timing wichtig: Die EU bewertet ihre Sozialpolitik im Schatten

der Finanzkrise und im Hinblick auf die EU2020 Agenda gerade wieder neu. Was es jetzt braucht ist Mut, Ideenreichtum und konsequentes Handeln. Oder, wie Willy Brandt es seinen Zeitgenossen während

der ersten Europawahl 1979 zugerufen hat: »Wir müssen an die Hoffnungen glauben, die uns anvertraut wurden.«

(Übersetzung aus dem Englischen von Julian Heidenreich)



Ania Skrzypek

ist Senior Research Fellow bei der Foundation for European Progressive Studies (FEPS).

ania.skrzypek@feps-europe.eu

Ralf Melzer

Europa und seine Feinde von rechts

Zerfällt Europa? Zum Glück (noch) nicht, ist man geneigt, spontan auf diese Frage zu antworten. Fest steht aber, dass quer durch Europa die radikale Rechte genau an diesem Ziel arbeitet. Und fest steht genauso, dass die europäische Idee nicht nur finanz- und sozialpolitisch unter Druck steht, sondern auch gesellschaftspolitisch.

»Die Europäische Union ist den Rechten und Populisten schon immer ein Dorn im Auge gewesen«, sagte der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, 2013 auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Berlin. Immer deutlicher wird inzwischen, dass die Gefahr, die vom rechtsextrem-neonazistischen, offen systemfeindlichen Lager für die Zukunft der Europäischen Union, für die Fortentwicklung ihrer Institutionen und für ihre demokratischen, menschenrechtsbasierten Gesellschaften ausgeht, von jener, die vom Rechtspopulismus ausgeht, noch übertroffen wird, weil dieser salonfähiger und anschlussfähiger und daher eher in der Lage ist, den politischen Mainstream zu beeinflussen.

Rechtspopulismus lässt sich als ein Phänomen gesellschaftlicher Modernisierungskrisen beschreiben, als Folge ökonomischer Verteilungs-, kultureller Identi-

täts- und politischer Repräsentationskrisen. Die Grenzen zum Rechtsextremismus sind zwar oft fließend, die Feindbilder der Rechtspopulisten sind jedoch vergleichsweise flexibel und in gewissem Maße austauschbar. Besonders geeignet sind Feindbilder wie Migrant/innen, »der Islam« oder eben auch die EU, mithilfe derer man sich kulturell gegen das »Fremde« abgrenzen und das Nationale betonen kann, mit denen sich Bedrohungen konstruieren und Verschwörungstheorien befeuern lassen.

44 % der Deutschen hegen abwertende Ansichten gegenüber Asylsuchenden, 18 % gegenüber Muslimen, so die Ergebnisse der FES-Studie *Fragile Mitte – Feindselige Zustände* von 2014. 24 % sagen, »Deutschland wäre ohne die EU besser dran«, und 51 % meinen, »Deutschland muss mehr Stärke gegenüber Brüssel zeigen«. Dabei ist die auf den Straßen, im Netz und in so manchem intellektuellen Diskurs zunehmend aggressive Europaablehnung vor allem Bestandteil der grassierenden, antipolitischen Elitenverachtung: ebenfalls ein Charakteristikum rechtspopulistischer Orientierungen und ein europaweites Phänomen, das sich in Deutschland nur jenseits der Einstellungsebene erst relativ spät zu manifestieren begonnen hat.